



Im Lokalteil

Gegenwind für Windkraft

Die Städte Schwäbisch Gmünd und Heubach halten an den Windkraftplänen im Rechberger Buch fest. Kritik kommt vom Naturschutzbund. Dafür scheint ein Investor für die acht Windräder bereit zu stehen. Am Mittwoch, 4. Dezember, 16 Uhr, steht das Thema auf der Tagesordnung des Verwaltungsausschusses. Die Entscheidungen fallen aber erst im kommenden Frühjahr.

» Seite 13

Bosch reagiert auf Vorwürfe

Das Unternehmen Bosch AS in Gmünd hat jetzt auf Vorwürfe reagiert, die Geschäftsleitung baue bewusst Druck auf Betriebsrat und Gewerkschaft auf, um den Abbau von mehr als 2000 Stellen schnell bewältigen zu können.

» Seite 13

Feldmeyer zieht erste Bilanz

Seit etwas mehr als einem halben Jahr ist Tobias Feldmeyer Bürgermeister in Iggingen. Seine Bilanz fällt positiv aus: Der Übergang von Vorgänger Klemens Stöckle auf ihn ist aus seiner Sicht gelungen.

» Seite 15

Kreis muss sparen

Intensiv hat sich der Finanzausschuss des Kreistags in seiner jüngsten öffentlichen Sitzung über die Einsparvorschläge der Verwaltung beim von ihr selbst eingebrachten Haushaltsplanentwurf mit einem Volumen von rund 1,1 Milliarden Euro gebeugt und die Zahlen genau unter die Lupe genommen. Dabei zeigte sich, dass das Gremium die Streichliste in weißen Teilen mitzutragen bereit ist.

» Seite 17

Spraitbach trauert

Ob als Pädagoge oder Kommunalpolitiker – Erich Pommerenke engagierte sich stets für das Wohl seiner Mitmenschen. Mit seinem Wissen und seinen feinen Umgangsformen strahlte er eine natürliche Autorität aus und wurde über Parteigrenzen hinweg sehr geschätzt. Im kommenden Jahr wäre er 50 Jahre lang Mitglied des Gemeinderats gewesen. Am Montag ist er im Alter von 79 Jahren verstorben.

» Seite 18

So blickt VfR auf Gmünd-Spiel

Zu Gast beim 1. FC Normannia Gmünd ist diesen Samstag im letzten Spiel des Jahres ausgerechnet Lokalrivale VfR Aalen. Die Favoritenrolle streitet VfR-Coach Petar Kosturkov nicht ab, spricht aber auch offen an, was besser laufen soll als zuletzt.

» Seite 20

Spaß an der Bewegung wecken

Wie reagiert der Leistungssport auf Trends der Jugendkultur? Wie viele und welche Stationen sind für welche Gruppengröße geeignet? Der Nikolauslehrgang in der Großsporthalle geht verschiedenen Fragen nach – und will die Weiterentwicklung der Leichtathletik befördern.

» Seite 20

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
20016,75 Pkt. +83,13 Pkt.	4882,37 Pkt. +35,64 Pkt.	1,0512 Dollar +0,05 Cent

Wetter

Mittags 5° | Nachts 1°
Wolkig, im Süden mit Regen, im Bergland Schnee



Jeder Fünfte würde bei Kulturförderung sparen

Zwar hält jeder Zweite im aktuellen BaWü-Check Kulturförderung für eine Staatsaufgabe. Doch vor allem bei großen Kultureinrichtungen finden viele, man könnte sparen.

VON ANNIKA GRAH

STUTTGART. Kulturförderung hat auch in Baden-Württemberg keinen leichten Stand. Nur knapp jeder dritte Befragte im aktuellen BaWü-Check ist der Auffassung, dass das Land ausreichend Geld für Kunst und Kultur ausgibt. Nur jeder Vierte findet, dass mehr Geld in den Bereich fließen sollte. Und 20 Prozent sind der Ansicht, dass Baden-Württemberg weniger Geld in die Kulturförderung stecken sollte. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungen.

Wenigstens die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass Förderung und Unterstützung von Kultureinrichtungen Aufgabe des Landes ist. Nur jeder Vierte findet das nicht. Und noch einmal ein Viertel ist unentschieden. Vor allem Jüngere und Kulturinteressierte sehen den Staat in der Verantwortung. Bei den Unter-30-Jährigen sind 67 Prozent der Ansicht, dass der Staat Kunst und Kultur fördern sollte.

Im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgaben fallen die Kultureinrichtungen allerdings weit ab. Knapp zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass das Land bei Kultureinrichtungen wie Theatern oder Museen eher sparen soll. Nur 37 Prozent finden, der Staat sollte hier mehr Geld ausgeben. Nur bei großen Bauprojekten hätten noch mehr Menschen im Land lieber, dass der Staat spart. Anders sieht die Unterstützung bei Gesundheitseinrichtungen, der Ausstattung von Schulen oder der Ausstattung der Polizei aus. Hier finden 80 bis 90 Prozent der Befragten, dass das Land eher mehr Geld in die Hand nehmen sollte.

Dabei gehen die Menschen im Südwesten am seltensten in die Oper oder ins Ballett und am häufigsten ins Kino oder in die Bibliothek. Trotzdem fällt das Urteil, welche Institutionen Fördermittel erhalten sollten, einheitlich aus. Während 32 Prozent meinen, dass vor allem Einrichtungen gefördert werden sollen, die viel Publikum anziehen, halten es 28 Prozent für angemessen, wenn möglichst viele Institutionen Mittel erhalten. 22 Prozent fänden es am besten, wenn in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckende Einrichtungen unterstützt würden.

Leitartikel



32

Prozent der Befragten meinen, dass vor allem Einrichtungen gefördert werden sollen, die viel Publikum anziehen.

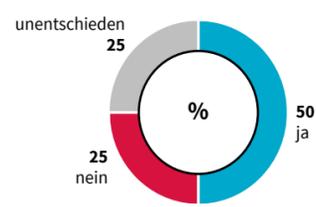
67

Prozent der Befragten im Alter unter 30 Jahren finden, dass der Staat Kunst und Kultur fördern sollte.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat ein Auge auf die Kultur.
Montage: Sebastian Ruckaberle

Umfrage zur Zuständigkeit

„Sollte Kulturförderung Aufgabe des Staates sein?“



Grafik: Biber
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6184/III

Merz sieht Gemeinsamkeit mit Grünen

Grüne oder SPD – die Union ist sich uneins, wer als Koalitionspartner in Frage kommen könnte.

BERLIN. CDU-Chef und Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz sieht Schnittmengen seiner Partei mit den Grünen. „In der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es sicher mit den Grünen mehr Gemeinsamkeiten als mit der SPD“, sagte er der „Bild“. In der Wirtschaftspolitik allerdings sei die CDU „ganz anderer Meinung“. Merz kündigte an, nach der Bundestagswahl mit allen „demokratischen Parteien der politischen Mitte“ zu sprechen. Die CSU beharrte derweil auf ihrem Nein zu einer schwarz-grünen Koalition.

Auf parlamentarische Mehrheiten käme die Union als in Umfragen aktuell stärkste Kraft gegenwärtig sowohl gemeinsam mit der SPD (47,5 Prozent) als auch mit den Grünen (44,5 Prozent), wie eine Umfrage von Insa für die „Bild“ zeigt. red/AFP
Kommentar

Mehr Befugnisse für Polizei bei Waffenkontrollen

Kommunen sollen bei der Sicherung etwa von Weihnachtsmärkten entlastet werden. Innenminister Strobl beruhigt.

STUTTGART. Die Polizei soll künftig auf öffentlichen Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkten noch leichter und selbstständiger Waffenkontrollen durchführen können. Bislang werden Polizisten bei der Durchsetzung von Waffenverboten teils von Mitarbeitern von Rathäusern und Landratsämtern begleitet. Man plane, noch vor Weihnachten mit einer neuen Verordnung die Kommunen zu entlasten, damit die Polizei stärker alleine kontrollieren könne, kündigte Innenminister Thomas Strobl (CDU) an.

Die Polizei im Südwesten darf bereits etwa bei öffentlichen Veranstaltungen in Waffenverbotszonen oder an gefährlichen Orten unbegleitet kontrollieren, das ist im Polizeigesetz des Landes geregelt. Daneben gibt es das Waffengesetz des Bundes – es wurde nach den Attentaten von Solingen und Mannheim verschärft. Nun gibt es der Polizei mehr Befugnisse für stichprobenartige und

anlasslose Waffenkontrollen bei öffentlichen Veranstaltungen und in Verbotszonen.

Die aktuelle Änderung des Waffengesetzes gilt für öffentliche Vergnügungen, unter die auch Weihnachtsmärkte fallen. Hier dürfen neben Waffen grundsätzlich auch keine Messer mehr mitgeführt werden.

Da der zuständige kommunale Ordnungsdienst nicht so geschult ist für potenziell gefährliche Lagen, holen sich die kommunalen Mitarbeiter häufig die Polizei dazu, hieß es aus dem Innenministerium. Das sei aber realitätsfern und würde die Ämter überfordern, sagte der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer. Deshalb sei die geplante Änderung notwendig.

Die Sicherheitslage auf den Weihnachtsmärkten im Land nannte Strobl angespannt, sagte aber: „Es gibt keinen Grund, Angst zu haben.“ Die Polizei werde aber alles tun, damit die Weihnachtsmärkte sicher seien. dpa

DFB-Pokal: VfB spaziert ins Viertelfinale

Die Stuttgarter zeigen mit einem 3:0 gegen Regensburg einen deutlichen Klassenunterschied.

REGENSBURG. Der VfB Stuttgart hat auch nach einer Radikal-Rotation das DFB-Pokal-Viertelfinale erreicht und darf weiter von der Reise nach Berlin träumen. Ohne Alexander Nübel, Maximilian Mittelstädt oder Ermedin Demirovic in der Startelf setzte sich der Champions-League-Starter souverän mit 3:0 (2:0) beim chancenlosen Zweitligaschlusslicht SSV Jahn Regensburg durch.

Drei Tage vor dem Bundesliga-Heimspiel gegen den 1. FC Union Berlin war auch eine auf sieben Positionen veränderte Stuttgarter Startelf mindestens eine Klasse zu stark für die Oberpfälzer, die sich nun ausschließlich auf ihr kompliziertes Projekt Klassenerhalt konzentrieren können. Ihren Kontrahenten im Viertelfinale erfahren die Stuttgarter bei der Auslosung am 15. Dezember. dpa

Kommentar

Knackpunkt für Schwarz-Grün

Merz braucht Optionen nach der Wahl. Doch ein Bündnis mit den Grünen könnte Wähler und Partei verprellen.

VON TOBIAS PETER

Als wahrscheinlichstes Bündnis nach der Wahl gilt eine Koalition aus Union und SPD. Friedrich Merz und die CDU haben jedoch verstanden: Es muss für sie neben den Sozialdemokraten noch eine andere Option geben. Sonst könnten sie der SPD nach der Wahl auch gleich ein leeres Blatt Papier reichen und sagen: „Schreibt drauf, was ihr wollt! Ihr bekommt es alles.“

Wenn Merz nun sagt, in der Außen- und Sicherheitspolitik gebe es mehr Gemeinsamkeiten zu den Grünen als zur SPD, ist das richtig. Es ist aber auch ein Signal: Wir können und wollen uns den Koalitionspartner selbstbewusst aussuchen.

Ein Bündnis zwischen Union und Grünen ist möglich, wie Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen. Im Bund sind die Unterschiede in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zwar groß. Das gilt aber auch für Union und SPD. Der Knackpunkt für Schwarz-Grün wäre die Migrationspolitik. Die Grünen haben sich zu einer härteren Linie bewegt. Umfassende Zurückweisungen an der Grenze, wie Merz sie fordert, könnte sie zerreißen.

Auch viele in der Union sind aber überzeugt, dass ihnen Schwarz-Grün im Bund schaden würde. Die eigenen Anhänger würden sich hinterher beklagen: „Erst wählen wir CDU, dann bekommen wir die Grünen.“ Dass viele das für ein Unglück halten, dafür hat so mancher in CDU und CSU mit ausufernder Anti-Grünen-Rhetorik gesorgt.

Bundesliga-Rechte wohl wieder an ARD

BERLIN. Fußballfans können laut „Bild“ auch künftig Bundesliga-Höhepunkte in der „Sportschau“ sehen. Die ARD darf demnach bis 2029 zeitnahe Zusammenfassungen zeigen. Der öffentlich-rechtliche Sender habe sich angeblich die Medienrechte gegenüber dem Mitbewerber RTL für vier Spielzeiten gesichert und könne weiterhin am Samstag die Bilder im Free-TV anbieten, heißt es.

Die ARD äußerte sich nicht dazu. Laut der Zeitung kann die Deutsche Fußball Liga (DFL) die Einnahmen beim Verkauf der deutschsprachigen Medienrechte an der Bundesliga und der 2. Liga stabil halten. Die Erlöse der Auktion für die Spielzeiten bis 2028/29 sollen bei mehr als einer Milliarde Euro pro Saison liegen. dpa

Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reischmeckle

Sia kennat zo mir saga wiadawidd

VON TOM HÖRNER

Der Schwabe, so heißt's, neigt zur Untertreibung und zur Bescheidenheit. Rose Pany weiß, wie sich das anhören kann: „Wenn mi ebber frogt, wia's mir goht, sag i manchmal: ‚Fir dahoam rom duarts grad so.“

Walter Seeger aus Gäufelden-Öschelbronn kam ein Ausspruch seiner Mutter in den Sinn: „Hosch da Schnuder!“ Daraufhin hat er recherchiert: „Ich habe in ‚Fischers Schwäbischem Wörterbuch‘ geblättert – und tatsächlich ist dies wohl eine bekannte Bezeichnung für Schnupfen, wenigstens in Teilen unserer vielseitigen schwäbischen Landschaft gewesen. Da fällt mir noch ein, dass der Ausspruch ‚Drei Tag kommt er, drei Tag stoht er ond drei Tag goht er‘ meine Ungeduld auf Gesundheit etwas relativiert.“

Paul Döbele stellt die These auf, „dass es im Schwäbischen keinen Akkusativ gibt. Ich habe mit meiner Enkelin Hausaufgaben in Deutsch gemacht. Sie musste Gegenstände und Orte dem entsprechenden Fall zuordnen. Wenn es Nominativ war, musste sie ein N dahinter schreiben. Beim Wessfall Akkusativ ein A. Ich sagte ihr, ich hätte mir die vier Fälle Nominativ, Genitiv, Dativ und Akkusativ immer mit dem Spruch ‚Neue Geschichten Deutscher Affen‘ gemerkt.

Hinterher habe ich mich gefragt, gibt es im Schwäbischen überhaupt einen Akkusativ? Ich glaube nicht. Wer Hochdeutsch spricht, fragt: ‚Wessen Haus ist das?‘ Der Schwabe fragt: ‚Wäm ghairt dees Haus?‘

Fragen über Fragen. Die folgende kommt von Uwe Künzler aus Sulz am Eck: „Drletscht hau i mein Bekannda gfrogt, ob er mit dr Renovierong vo seim Haus ferdich isch? No hot dear blos gsait: ‚Gleivoll.‘ Was so viel hoißt wia ‚fascht‘ oder ‚schiergar‘.“

Renate Schietinger aus Nürtingen-Zizishausen hat auch eine Frage: „Mei Nachbere hod verzeht, se häb en dr Nachd koi Aug zuaudau. Ihr Mo däd jesasmäßig schnarcha. Ond ed bloß des, er däd au ‚hirschla‘. Wer kennt des Wort no?“

Anni Hajdu fallen „zur Zeit Begriffei, wo e gern en Erinnerung brengä dät: Wega ra recht kurza Strecke hanne ibrlegt, solle odr solle net?! I hann me no firs Erschdare entschieda, weil mr grad no eigfalla isch, dass es scho zwoimol dafür han bluada missa.“

„Es ist doch interessant“, schreibt Walter Klein aus Altdorf, „wie viele Varianten es zu dem Thema ‚das Du anbietest‘ gibt. Meine Version ist folgende: ‚I sag zu ene Du, ond Sia kennat zo mir saga wiadawidd.“

Der Spruch des Tages kommt von Leser Berthold Spahlinger aus Sachsenheim. „Dees isch grad, wia wenn ama Esl a Sack nafligd.‘ So sagt man, wenn jemand auf eine Warnung überhaupt nicht reagieren will.“

Schreiben Sie uns:

Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: land@stn.zqs.de

Neuer Volksantrag für verändertes G9

STUTTGART. Die Elterninitiative G9!jetzt hat einen neuen Volksantrag angekündigt, um doch noch Änderungen an dem von der Landesregierung geplanten neunjährigen Gymnasium durchzusetzen. Die Initiatoren wollen ihren Gesetzentwurf an diesem Mittwoch im Landtag einreichen. Ihr wichtigstes Ziel ist, dass die aktuellen G8-Klassen bei der kommenden Schuljahr beginnenden Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium auch in den Genuss der Schulzeitverlängerung bis zum Abitur kommen. Das sei eine vehemente Forderung vieler Eltern, erklärte Marita Raschke von G9!jetzt. Abgesehen von der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 für die ältere Schüler, die beim vom Kultusministerium geplanten Umstieg auf das neunjährige Gymnasium außen vor bleiben sollen, will der neue Volksantrag drei Änderungen erreichen. Erstens soll die zweite Fremdsprache ab der siebten Klasse vierstündig unterrichtet werden. Zweitens soll die Einführung des Profulfachs auf die neunte Klasse verschoben werden. Drittens wirbt die Initiative dafür, das Profulfach Informatik, Mathematik und Physik beizubehalten, anstatt einen „breitbandigen Informatikunterricht für alle“ anzubieten.

Ambivalentes Verhältnis zur Kultur

Obwohl zwei Drittel der Baden-Württemberger finden, das Land solle bei Kultureinrichtungen sparen, hält jeder Zweite die Kulturförderung für wichtig.

VON ANNIKA GRAH

STUTTGART. Die Baden-Württemberger haben ein ambivalentes Verhältnis dazu, wie viel Geld der Staat für die Kulturförderung ausgeben sollte. Zwar hält gut die Hälfte der Befragten im aktuellen BaWü-Check staatliche Kulturförderung für richtig. Auf der anderen Seite findet ein großer Teil der Befragten, dass das Land ruhig weniger für große Kultureinrichtungen ausgeben könnte. Darin spiegelt sich auch wieder, dass ein Großteil der Menschen im Land große Kulturangebote wie Oper und Ballett überhaupt nicht wahrnimmt.

Für den aktuellen BaWü-Check, die repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen, wurden im November 1011 Menschen ab 18 Jahren befragt.

Dabei ist das Bild recht eindeutig. Die meisten Kulturangebote spielen im Leben der meisten Menschen überhaupt keine Rolle. Wenig überraschend also, dass rund zwei

Drittel (63 Prozent) der Befragten befanden, der Staat sollte bei großen Kultureinrichtungen wie Theater oder Museen im Vergleich zu anderen Bereichen eher sparen. Nur in einem anderen Punkt sprachen sich noch mehr Befragte (75 Prozent) dafür aus, dass Baden-Württemberg weniger Geld ausgeben sollte: wenn es um große Bauprojekte geht. Dabei dürfte mancher Stuttgarter nicht nur an die ewige Bahnhofsbaustelle, sondern auch an die geplante Opersanierung inklusive Interimsquartier in der Landeshauptstadt denken.

Bei anderen Themen wie Sportförderung, Umweltschutz und öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern und Ausbau von Straßen und Bahnstrecken spricht sich die Mehrheit hingegen für eine Steigerung der Staatsausgaben aus.

Mehr Geld soll für Polizei, Schulen und Gesundheit ausgegeben werden

Die meisten Befragten finden, dass das Land mehr Geld in die Ausstattung von Polizei (79 Prozent) und Schulen (91 Prozent) sowie in Gesundheitseinrichtungen (93 Prozent) stecken soll – Bereiche, die sich tatsächlich auch in der jüngsten Finanzplanung des Landes wiederfinden.

Denn für diese Themen kratze die grüne schwarze Landesregierung zuletzt nicht nur Geld aus dem laufenden Haushalt zusammen, sondern will bei Sicherheit und Bildung auch Schwerpunkte in ihrem aktuellen Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 setzen. Dabei geht es um mehrstellige Millionen-Euro-Beträge.

Im Kulturbereich gibt es solche großen Sprünge nicht. Harte Einschnitte wie in anderen Bundesländern hat die Kultur aber hierzulande auch nicht zu befürchten, im Gegenteil. Zwar wird in manchen Bereichen gespart, die Haushalte im Land stellen an anderer Stelle aber auch mehr Geld zur Verfügung. So sollen Amateur- und Freilufttheater zusätzliche Mittel erhalten, wie unsere Zeitung erfuh.

Dabei findet nur die Hälfte der Baden-Württemberger, dass Kulturförderung Aufgabe des Staates sein sollte. Ein Viertel ist dagegen. Der Rest ist unentschieden. Nur jeder Vierte wünscht sich, dass das Land mehr Geld für Kulturförderung ausgeben sollte. Etwa ein Drittel halten die Kulturförderung für ausreichend und jeder Fünfte findet sogar, dass das Land weniger Geld ausgeben sollte.

Uneinigkeit darüber, wer überhaupt Geld bekommen sollte

Sehr unterschiedlich fällt das Urteil aus, wer überhaupt Geld bekommen sollte. 32 Prozent der Befragten finden, dass Einrichtungen gefördert werden sollen, die vom Publikum gut angenommen werden. 28 Prozent finden, dass möglichst viele Einrichtungen Fördermittel erhalten sollten. 22 Prozent meinen, dass Einrichtungen gefördert werden, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Besonders viel Geld soll aktuell in Großprojekte wie die Sanierung des Stuttgarter Opernhauses fließen. Zuletzt wurde bekannt, dass sich der Baubeginn des Interimsquartiers verzögern würde und die Gesamt-



Staatsgalerie Stuttgart Foto: Lichtgut/Julian Rettig



Popakademie in Mannheim Foto: epd/T. Lohnes



ZKM in Karlsruhe Foto: imago/imagebroker

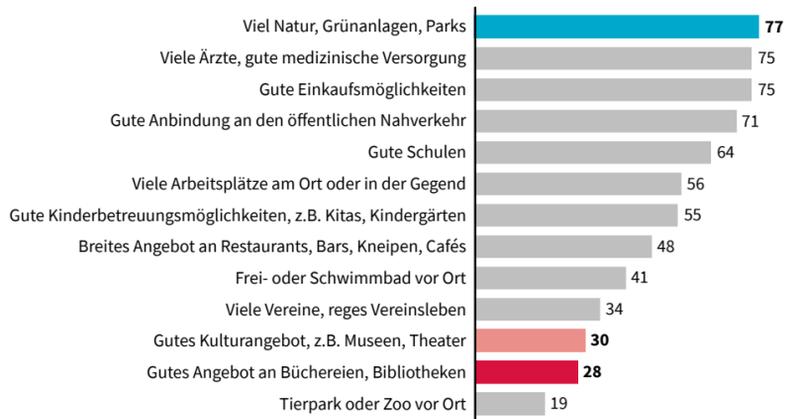


Festspielhaus Baden-Baden Foto: dpa/Rolf Haid

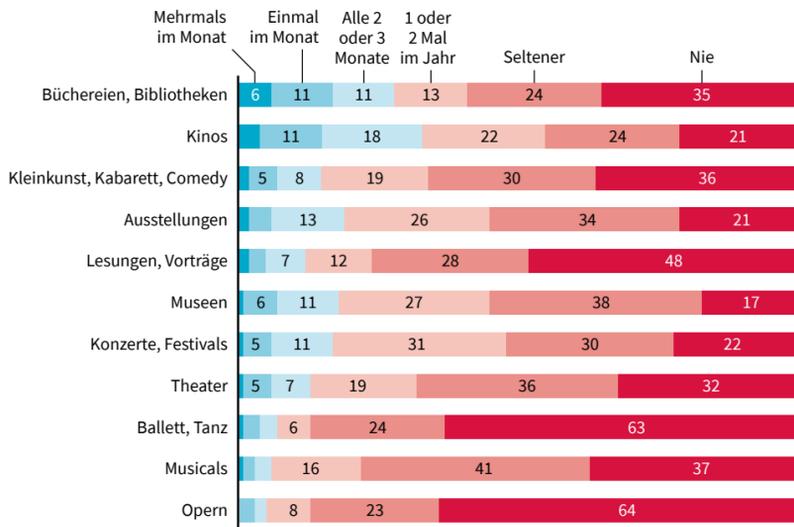
Die Ergebnisse der Umfrage

„Was macht einen Ort besonders lebenswert?“

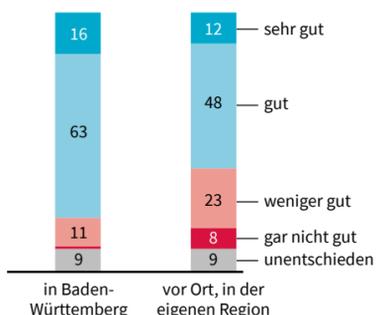
Alle Angaben in Prozent



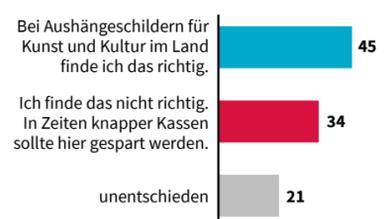
„Wie häufig besuchen Sie die folgenden Kultureinrichtungen bzw. Kulturveranstaltungen?“



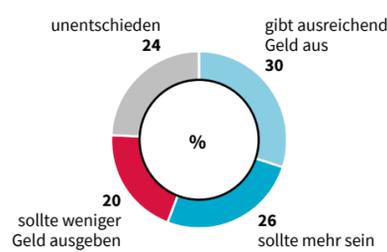
„Wie bewerten Sie ganz allgemein das Kunst- und Kulturangebot?“



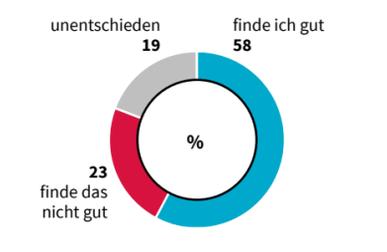
„Das Land gibt in den nächsten Jahren sehr viel Geld für die Sanierung bedeutender Kultureinrichtungen aus. Wie stehen Sie dazu?“



„Gibt das Land genügend Geld für Kunst und Kultur aus, oder sollte dafür mehr oder weniger Geld ausgegeben werden?“



„Finden Sie es gut, dass der Staat Tickets für staatliche Kultureinrichtungen bezuschusst, oder finden Sie es nicht gut?“



BaWü-Check

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage von Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt. Insgesamt beteiligen sich 55 Tageszeitungen.

Zeitraum Von 4. bis 18. November 2024 wurden in Baden-Württemberg 1011 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt. Die Befragten sind Mitglieder eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei orientierte man sich am Mikrozensus 2021.

Fragebogen Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und füllten einen Online-Fragebogen mit 15 Fragen aus. ang

kosten dadurch unkalkulierbar in die Höhe schießen dürften. Trotz solcher Hiobsbotschaften finden es immer noch 45 Prozent richtig, dass das Land hohe Summen in solche „Aushängeschilder“ steckt. 34 Prozent halten das in Zeiten knapper Kassen dagegen für falsch. Jeder fünfte traut sich keine Meinung zu.

Ähnlich ist das Bild bei der Frage, ob Nischen- oder Avantgarde-Projekte gefördert werden soll. 37 Prozent halten es für richtig, dass das Land auch solche Angebote fördert. 31 Prozent wären dafür, dass der Staat sich hier komplett zurückzieht. Die Befragten, die sich ausgeprägt für Kultur interessieren, sind mit 63 Prozent weit überdurchschnittlich der Meinung, dass der Staat auch Kulturangebote ohne Massenpublikum fördern sollte.

Natur und Gesundheitsversorgung sind wichtiger als Kulturangebote

Das deckt sich mit der Bedeutung, die die Menschen kulturellen Angeboten insgesamt beimessen: Bei der Frage, was ihren Ort besonders lebenswert macht, landen Kulturangebote nicht unter den ersten zehn genannten. Natur, Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV und gute Schulen rangieren auf den vorderen Plätzen und werden als besonders wichtig für die Lebensqualität bewertet. Gefolgt von einem guten Angebot an Arbeitsplätzen, Kinderbetreuung, Restaurants und Bars, Schwimmbädern oder einem lebendigen Vereinsleben.

Ein gutes Angebot von Museen und Theatern spielt hingegen nur für 30 Prozent, Büchereien und Bibliotheken nur für 28 Prozent der Befragten eine Rolle. Damit rangiert die Kultur ganz unten, nur Zoos werden als unwichtiger erachtet. Vier von fünf Baden-Württembergern haben einen guten Eindruck vom Kulturangebot im Land. Auf ihre konkrete Situation angesprochen sind immer noch 60 Prozent der Befragten zufrieden. Wenig überraschend zeigen die Antworten auf diese Frage ein starkes Stadt-Land-Gefälle.

Dabei interessieren sich 65 Prozent zumindest etwas oder auch „sehr“ für Kunst und Kultur. Ein Drittel der Befragten berühren die Angebote kaum oder gar nicht. Das spiegelt sich auch in der Nutzung der Kulturangebote wieder: Am häufigsten besuchen die Baden-Württemberger Büchereien und Kinos. Am seltensten gehen sie ins Ballett oder in die Oper. Fast zwei Drittel geben an, dass sie Ballett oder Oper nie besuchen.

Bei den Tickets darf der Staat gern Geld zuschießen

Wenn es um den eigenen Geldbeutel geht, haben die Baden-Württemberger aber eine andere Haltung. 58 Prozent der Befragten halten staatliche Ticketzuschüsse für richtig. Nur 23 Prozent finden das nicht gut, der Rest ist unentschieden. Obwohl sich die Mehrheit bewusst ist, dass die Eintrittspreise ohne staatliche Zuschüsse noch höher wären, halten 39 Prozent der Befragten die Eintrittspreise für Museen und Theater immer noch für zu hoch. 45 Prozent finden sie angemessen. Unter den Menschen mit geringen Einkommen ist der Anteil derer, die die Eintrittspreise zu hoch findet, selbstverständlich noch größer.

Insgesamt ist die Stimmung im Land nach wie vor eher negativ. Mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Menschen im Land blickt mit Skepsis oder ausgeprägten Befürchtungen in die Zukunft. Der Anteil derer, die sorgenvoll ins kommende Jahr gehen, hat sich seit August sogar von 26 auf 30 Prozent erhöht. So pessimistisch war die Bevölkerung zuletzt im Herbst 2022.

Grafik: Biber, Zapletal

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6184/III